

Übersicht

über die vom Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 10. Sitzung am 20.04.2016 gefassten Beschlüsse:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
	Allgemeines und Geschäftsordnungsangelegenheiten	30/16 Zustimmung	einstimmig
1.	Niederschrift über die 09. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 17.02.16		anerkannt
2.1.	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 07.04.16: Bericht der Freiwilligenagentur	31/16 Zustimmung	MB, 1. E. AfD
2.2.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FuW/Piraten vom 29.03.16: Einrichtung einer Ombudsstelle für Flüchtlinge		
3.	Kommunales Integrationszentrum; hier: Integrationskonzept für den Rhein-Sieg-Kreis		
4.	Allgemeine Sozialberatung; hier: Sachstandsmitteilung		
5.	Mitteilungen und Anfragen		
	Nichtöffentlicher Teil		
6.	Mitteilungen und Anfragen		

Niederschrift

über die in der 10. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration des Rhein-Sieg-Kreises am 20.04.2016 gefassten Beschlüsse:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:40 Uhr
Ort der Sitzung: A 1.16
Datum der Einladung: 12.04.16
Einladungsnachtrag vom:

Anwesende Mitglieder:

Kreistagsabgeordnete CDU

Frau Katharina Gebauer
 Frau Hildegard Helmes
 Herr Ivo Hurnik
 Sigrid Leitterstorf (Vorsitzende)
 Herr Raimund Schink

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Harald Eichner anwesend bis 17:22 Uhr
 Frau Nicole Männig anwesend bis 17:03 Uhr
 Frau Cornelia Mazur-Flöer

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Gabi Deussen-Dopstadt
 Frau Alexandra Gauß

Kreistagsabgeordnete FDP

Frau Nicole Westig-Keune

Kreistagsabgeordneter Volksabstimmung

Herr Dr. Ing. Helmut Fleck

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Frau Anna Diegeler-Mai
 Frau Lydia Grüner anwesend bis 17:06 Uhr
 Frau Jutta Manstein anwesend bis 17:00 Uhr
 Herr Ludwig Neuber Vertretung für Herrn Alexander Rettig

Sachkundige/r Bürger/innen SPD

Herr Mario Dahm Vertretung für Herrn Folke große Deters
 Herr Ingo Degenhardt

Sachkundige/r Bürger/innen GRÜNE

Frau Bettina Eifert Vertretung für Frau Johanna Bientreu

10. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 20.04.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Sachkundige/r Bürger/innen DIE LINKE

Herr Andreas Danne

Sachkundige/r Bürger/innen AfD

Herr Arvid Ellenberger

Sachkundige/r Bürger/innen FUW/Piraten

Herr Herwart Weinrich anwesend ab 16:19 Uhr

Sachkundiger Einwohner SozA

Herr Frank Malotki Vertretung für Herrn Harald Klippel

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Folke große Deters

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Johanna Bienentreu

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Alexander Rettig

Sachkundiger Einwohner SozA

Herr Harald Klippel

VertreterInnen der Verwaltung:

Ltd. KVD Allroggen

Ltd. KVD Liermann

VAe Lindemann

VA'e Dinstühler

KAF Schwaebe (Schriftführerin)

Gäste:

Frau Birgit Binte-Wingen, Freiwilligen-Agentur der Diakonie an Sieg und Rhein

10. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 20.04.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

	Allgemeines und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
--	--	--

Die Vorsitzende, Abg. Leitterstorf, begrüßte die Anwesenden und stellte die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest.

Sodann schlug sie vor, die Tagesordnung um den vom Kreisausschuss an diesen Ausschuss verwiesenen Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FuW/Piraten auf Einrichtung einer Ombudsstelle für Flüchtlinge zu erweitern. Der Tagesordnungspunkt könne direkt nach dem gemeinsamen Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 07.04.16 als TOP 2.2 behandelt werden. Der bisherige TOP 2 werde dann zu TOP 2.1. Der entsprechende Antrag vom 29.03.16 sei den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage ausgehändigt worden.

B.-Nr. 30/16

Der Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration beschließt, die Tagesordnung der heutigen Sitzung um den Tagesordnungspunkt „Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FuW/Piraten vom 29.03.15 auf Einrichtung einer Ombudsstelle für Flüchtlinge“ zu erweitern.

Abst.- Erg.:

einstimmig

1	Niederschrift über die 09. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 17.02.16	
---	---	--

Die Vorsitzende griff den Hinweis der SkB Schöpf vom 07.04.16 auf, sie sei unter dem Punkt „Anwesenheit“ trotz tatsächlicher Anwesenheit nicht genannt worden. Die Vorsitzende erklärte, hierbei handle es sich um ein Versehen, welches zu korrigieren sei. Das Gleiche gelte für den SkB Dr. Ralfs. Sie gab die Korrektur ausdrücklich zu Protokoll.

Andere Einwendungen oder Anmerkungen zur Niederschrift wurden auf Nachfrage der Vorsitzenden nicht erhoben.

2.1	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 07.04.16: Bericht der Freiwilligenagentur	
-----	---	--

Die Vorsitzende begrüßte Frau Binte-Wingen, die auf Einladung des Ausschusses zur Sitzung gekommen war, um in ihrer Funktion als Leiterin der Freiwilligen-Agentur für den Rhein-Sieg-Kreis die Aufgaben und Ziele der Freiwilligen-Agentur vorzustellen.

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

Frau Binte-Wingen gab daraufhin einen komprimierten Überblick über die Arbeit der Freiwilligen-Agentur. Hierbei kam sie dem Wunsch der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen nach, den Focus ihres Vortrages auf die Unterstützung von Freiwilligen, auf ihre psychische und physische Gesundheit in Belastungsmomenten und auf die Möglichkeiten der Gewinnung von weiteren sozialen bzw. gesellschaftlichen Gruppen für die Freiwilligenarbeit zu legen. Sie verwies auf die von ihr zu diesen Themen erstellten und dem Ausschuss als Tischvorlage zur Verfügung gestellten schriftlichen Informationen, in denen auch einige Beispiele für die Unterstützung Freiwilliger sowie für die Gewinnung weiterer Ehrenamtlicher und Gruppen aufgeführt seien.

Abg. Hurnik dankte Frau Binte-Wingen für ihre Ausführungen. Er ging auf die große Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung ein, die anlässlich der aktuellen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit erkennbar gewesen sei. Ehrenamtler würden häufig an zentralen Stellen in der heutigen Gesellschaft wichtige Funktionen ausfüllen. Die gezielte Unterstützung und Pflege des ehrenamtlichen Engagements habe daher einen hohen Stellenwert. Er interessierte sich dafür, welche Hilfestellung die Freiwilligen-Agentur den ehrenamtlich Tätigen bei der Bildung und Pflege von Netzwerken geben könne.

Frau Binte-Wingen erklärte, dass sich das Ehrenamt mit der Zeit gewandelt habe. Die Menschen schauten heute genau, ob und wie eine ehrenamtliche Betätigung in ihre persönliche Lebenssituation hineinpasste. Im letzten Jahr hätten sich viele Menschen in der Flüchtlingsarbeit stark gemacht, die sich bislang überhaupt noch nicht mit ehrenamtlicher Tätigkeit auseinandergesetzt hätten. Die Flüchtlingsunterstützung könne aufgrund starker Belastungsmomente von den Helfern aber häufig nur in einem kurzen projekthaften Zeitraum intensiv betrieben werden. Hinsichtlich der Frage, welche Maßnahmen die Freiwilligen-Agentur zur Verstetigung von selbstorganisierten Netzwerken ergreifen könne, gebe es von Seiten der Freiwilligen-Agentur Unterstützung durch Workshops, durch Fortbildungsangebote und durch das Coaching von Leitungspersonen bzw. Gruppen.

Auf Nachfrage der Abg. Deussen-Dopstadt räumte Frau Binte-Wingen ein, dass Mediationen im Rahmen der Flüchtlingsarbeit aufgrund der ihr begrenzt zur Verfügung stehenden Wochenarbeitszeit lediglich auf gezielte Nachfrage von Flüchtlingsinitiativen und organisierten Gruppen bei aufflackernden Konflikten geleistet werden könne. Mit Blick auf die Motivation von Helfern und die Stärkung ihrer Fähigkeiten, sich selbstständig zu organisieren, seien die Anforderungen an die Freiwilligen-Agentur in der letzten Zeit durchaus gestiegen. Neben der Freiwilligen-Agentur hätten aber auch die beteiligten Städte und Gemeinden sowie die Kirchengemeinden eine umfangreiche Organisationsarbeit geleistet und somit viele entstandene Probleme aufgefangen. Davon habe auch das ehrenamtliche Engagement profitiert.

Abg. Westig betonte, dass es angesichts des großen Ansturmes in der Flüchtlingsarbeit wichtig und notwendig sei, eine Koordination der Flüchtlingsarbeit durch eine betreuende Stelle, wie die Freiwilligen-Agentur, sicherzustellen. An Frau Binte-Wingen richtete sie die Frage, welche Menschen sich in der Flüchtlingshilfe engagierten und ob es eventuell die Möglichkeit gebe, die Personalstärke der Freiwilligen-Agentur über Fördermittel des Bundes aufzustocken. Hinsichtlich der Honorierung des ehrenamtlichen Engagements wünsche sie sich eine stärkere Beteiligung des Bundes und der Länder. Eine Maßnahme, die der Kreis hingegen selbst vornehmen könne, sei die Ausstellung von Zertifikaten für Schüler, die sich schon ehrenamtlich

engagierten. Ein solches Zertifikat könne als eine Art Qualifikationsnachweis möglicherweise andere junge Menschen motivieren, sich ebenfalls im Ehrenamt zu betätigen.

Frau Binte-Wingen wies darauf hin, dass es bereits ein Zertifikat des Landes NRW als Nachweis für ein ehrenamtliches Engagement gebe. Sie sei auch berechtigt, dieses Zertifikat auszustellen. In ihren Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern rate sie stets, sich ein solches Zertifikat für künftige Bewerbungen ausstellen zu lassen. Auch bei den Vermittlungen von jungen Menschen in eine ehrenamtliche Tätigkeit würde die aufnehmende Organisation von ihr daran erinnert, das ehrenamtliche Engagement entsprechend zu bescheinigen.

Zur Nachfrage der Abg. Westig erklärte Frau Binte-Wingen, dass sich viele Menschen aus der sog. „Mittelschicht“ in der Flüchtlingshilfe einsetzten, insbesondere hätten viele Lehrer als Sprachpaten ausgeholfen. Eine personelle Unterstützung für die Freiwilligen-Agentur würde sie zwar grundsätzlich begrüßen, jedoch enthielten die Fördergelder des Bundes selten die notwendigen Personalkostenanteile. Zudem hätte ihr in der Vergangenheit weder genug Zeit noch das Personal für die Entwicklung und Auslobung neuer Projekte zur Verfügung gestanden, so dass die Freiwilligen-Agentur schon aus diesem Grunde keine Fördermittel des Bundes habe abrufen können.

Abg. Dr. Fleck erkundigte sich nach der Finanzierung der Freiwilligen-Agentur und nach möglichen Schnittstellen mit der Arbeit des Vereins kivi. Er fragte darüber hinaus, in welchen Bereichen Freiwillige benötigt würden und ob sich die Arbeit der Freiwilligen-Agentur im Wesentlichen auf die städtischen Zentren konzentrierten oder ob auch ländliche Bereiche abgedeckt würden.

Frau Binte-Wingen erläuterte daraufhin, dass tatsächlich Berührungspunkte mit dem Verein kivi bestünden; sie sei auch Mitglied in der Steuerungsgruppe des Vereins kivi. Daneben sei sie zusammen mit einer anderen Kollegin zusätzlich am Projekt „Paten für Ausbildung (PfAu)“ beteiligt. Finanziert werde dieses Projekt über die HIT-Stiftung Siegburg und die Kinderstiftung Troisdorf. Die Freiwilligen-Agentur verfüge zudem noch über eine Teilzeitkraft für die Verwaltung und einige ehrenamtliche Helfer, wie beispielsweise die ehrenamtliche Koordinatorin des Projektes „Patengroßeltern“, die Ehrenamtlichen für den Senioreneinkaufsdienst Troisdorf und Eitorf sowie die Ehrenamtlichen in den Kontaktstellen Hennef, Troisdorf, Eitorf und Bad Honnef. Auch die ländlichen Bereiche des Rhein-Sieg-Kreises erhielten Unterstützung, so habe die Freiwilligen-Agentur beispielsweise in Windeck geholfen, eine Freiwilligen-Börse vor Ort aufzubauen. Ebenfalls bestehe ein enger Kontakt zum Freiwilligenzentrum „Oase Meckenheim“, und für das Freiwilligen-Zentrum „Blickwechsel“ in Rheinbach werde noch eine Veranstaltung zur Engagementberatung durchgeführt. Die Freiwilligen-Agentur habe mit dem Kreis eine Leistungsvereinbarung getroffen, wonach 70 Prozent ihrer Personalkosten vom Kreis getragen würden.

Abg. Mazur-Flöer interessierte sich dafür, ob das Forum Ehrenamt aus Königswinter das Angebot der Freiwilligen-Agentur in Anspruch nehmen könne. Hierzu erläuterte Frau Binte-Wingen, sie sei Herrn Jochen Beuckers, Vorsitzender des Vereins "Perspektiven für das Leben", der Träger des Forums Ehrenamt sei, damals beim Aufbau des Forums behilflich gewesen. Eine weitere, engere Zusammenarbeit habe sich daraus jedoch nicht entwickelt.

Abschließend ergriff Ltd. KVD Allroggen die Gelegenheit, sich bei Frau Binte-Wingen für die geleistete Arbeit der Freiwilligen-Agentur zu bedanken. Er hob die besondere

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

Bedeutung und den Wert ihrer Arbeit, aber insbesondere auch den Wert der engagierten Mitarbeiter und Ehrenamtler für die Freiwilligen-Agentur hervor und gab zu bedenken, dass gerade in der Flüchtlingshilfe die dort tätigen Mitarbeitenden aufgrund ihrer Belastungssituation bald selbst der Unterstützung bedürfen könnten. Gerade in der Unterstützung der Helfer/innen sehe er eine wichtige, mittelfristige bzw. eventuell sogar langfristige Aufgabenstellung für das Kommunale Integrationszentrum.

2.2	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FuW/Piraten vom 29.03.16: Einrichtung einer Ombudsstelle für Flüchtlinge	
-----	--	--

SkB Danne erläuterte den vorliegenden Antrag. Der Antrag solle als Auftrag an die Verwaltung verstanden werden, ein Konzept für die Einrichtung einer Ombudsstelle für Flüchtlinge zu erarbeiten. Er könne sich vorstellen, dass eine solche Ombudsstelle organisatorisch im Bereich des Kommunalen Integrationszentrums (KI) angesiedelt werde.

Abg. Eichner wandte ein, zum einen existiere beim Rhein-Sieg-Kreis bereits ein Ombudsmann für Flüchtlinge, und zwar in Person des Herrn Neuber als Neubürgerbeauftragter. Zum anderen sei es Aufgabe der Kommunen, weitere Ombudsstellen vor Ort zu installieren, sofern dies für notwendig erachtet werde. Er sehe jedenfalls keine Notwendigkeit, neben dem Integrationszentrum noch eine zusätzliche Stelle einzurichten.

Abg. Gauß schlug daraufhin vor, die Namen und Kontaktdaten der verschiedenen, vor Ort schon vorhandenen Ombudsmänner und -frauen der Kommunen über das KI und den Integration-Point des Jobcenters in Troisdorf bekannt zu geben.

SkB Neuber berichtete aus seiner Arbeit als Neubürgerbeauftragter des Rhein-Sieg-Kreises. Angesichts seiner Erfahrungen mit der Materie hielt er es für sinnvoller, wenn in jeder Kommune eine Ansprechperson eingerichtet werde, die einen dort vorgetragenen Fall bei Bedarf an ihn vermittele.

Abg. Hurnik sprach sich gegen einen Auftrag an die Verwaltung aus. Die Kreisverwaltung sei durch die Flüchtlingsarbeit bereits stark belastet, ein zusätzlicher Arbeitsauftrag bedeute auch eine zusätzliche Belastung. Er sehe nicht die Kreisverwaltung, sondern die Kommunen in der Pflicht, sich Gedanken über die Einrichtung einer Ombudsstelle zu machen. Abg. Hurnik schloss sich daher im Wesentlichen dem Vorschlag der Abg. Gauß an.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden erklärte sich SkB Danne mit dem Alternativvorschlag des Ausschusses einverstanden.

Sodann ließ die Vorsitzende über den modifizierten Antrag abstimmen.

B.-Nr.
31/16

Die Kreisverwaltung wird gebeten, die Kontaktdaten der einzelnen Ombudsstellen in den kreisangehörigen Städte und Gemeinden abzufragen und die jeweiligen Ansprechpartner in den Kommunen (Ombudsmänner bzw. Ombudsfrauen) über den Integration-Point des Jobcenters, den Neubürgerbeauftragten und das Kommunale

10. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 20.04.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Integrationszentrum bekannt zu machen.

Abst.-

Erg.:

Mehrheitsbeschluss, 1 Enthaltung AfD

3	Kommunales Integrationszentrum; hier: Integrationskonzept für den Rhein-Sieg-Kreis	
---	--	--

Ltd. KVD Allroggen erläuterte einleitend, dass anlässlich der Gründung des Kommunalen Integrationszentrums im Rhein-Sieg-Kreis das Land NRW die Kreisverwaltung aufgefordert habe, das bisher gültige Integrationskonzept des Kreises zu überarbeiten. Für die Erneuerung des Konzeptes habe das Land eine Frist bis Ende 2015 vorgegeben. Vor Ablauf der Frist sei die Kreisverwaltung aber durch die Flüchtlingswelle vor große Herausforderungen gestellt worden, so dass in Absprache mit dem Land NRW die Vorlagefrist bis Juni 2016 verlängert worden sei. Dementsprechend sei auch die Entscheidung über das Integrationskonzept im Kreisausschuss bzw. Kreistag erst für die Sitzungen im Juni 2016 vorgesehen. Den Ausschussmitgliedern und Kreistagsabgeordneten gebe dies ausreichend Gelegenheit, sich in die umfangreichen Unterlagen des Konzeptes einzuarbeiten. Durchaus positiv zu bewerten sei die Tatsache, dass man von vielen in diesem Zusammenhang angesprochenen Beteiligten auch viele Rückmeldungen erhalten habe. Die Geschäftsleitungen der Wohlfahrtsverbände hätten noch Gesprächsbedarf zu wichtigen Punkten des Integrationskonzeptes signalisiert. Ltd. KVD Allroggen sagte zu, dass die Verwaltung auf den Gesprächsbedarf der Wohlfahrtsverbände eingehen werde. Danach führte er aus, das erstellte Integrationskonzept beinhalte den Versuch, die gesamte Breite der Integrationsarbeit zu erfassen. Zielsetzung hierbei sei gewesen, zunächst im Sinne eines Grundsatzpapiers einen Rahmen für die Integrationsarbeit festzulegen, welcher im Anschluss noch inhaltlich konkretisiert werden müsse. Vorstellbar sei, die Phasen der Konkretisierung an die jeweiligen Haushaltsperioden anzupassen.. Zum weiteren Vorgehen schlug Ltd. KVD Allroggen vor, das Verfahren vor der erneuten Befassung in der nächsten Sozialausschusssitzung um weitere drei Stufen zu erweitern:

1. das Gespräch der Verwaltung mit den Geschäftsführern der Wohlfahrtsverbände im Rahmen des anberaumten Treffens mit der ARGE Wohlfahrt,
2. die Beteiligung der Arbeitsgruppe, die aus den von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Sachen der Integrationsarbeit benannten Beigeordneten bestehe,
3. die Befassung im Kreis der sozialpolitischen Sprecher der Kreistagsfraktionen.

Ltd. KVD Allroggen resümierte, dies habe den Vorteil, dass eine inhaltliche Auseinandersetzung der Beteiligten mit dem Thema ohne umfangreiche zeitliche Bindung erfolgen könne. Nach einer Überarbeitung der Inhalte könne das Konzept dann zur abschließenden Beratung am 20.06.16 in den Kreisausschuss eingebracht werden.

Abg. Hurnik dankte für den Entwurf des Integrationskonzeptes und kündigte an, nach intensiver Auseinandersetzung mit den nun vorliegenden Unterlagen, so früh wie möglich Vorschläge seiner Fraktion vorzulegen. Er machte auf einige kritisch zu betrachtende Details des Konzeptes aufmerksam und bat anschließend die Verwaltung, zu erläutern, inwieweit die in dem Konzept entwickelten Maßnahmenpakete finanziell umgesetzt werden könnten. Er regte an, bei der Konzeptentwicklung von

vornherein sowohl strukturelle Entwicklungen in die Überlegungen einzubeziehen als auch eine regelmäßige Überarbeitung des Konzeptes einzuplanen.

Abg. Eichner betonte noch einmal, dass seinem Verständnis nach das Integrationskonzept in seiner Ausrichtung ein ausgestaltungsbedürftiges Rahmenkonzept darstellen solle. Es erfordere insofern eine kontinuierliche Kontrolle, welche Ziele erreicht worden seien, wo Verbesserungen erforderlich seien und welche neuen Ziele anvisiert werden müssten. Daher rate er davon ab, das Konzept zu detailliert auszuarbeiten. Vielmehr empfehle er, bei dem groben Konzept zu bleiben und es somit für diverse Möglichkeiten nach allen Seiten offen zu halten.

Abg. Deussen-Dopstadt widersprach der Ansicht des Abg. Eichner. Für ein besseres Verständnis und eine flächendeckende Akzeptanz halte sie es für notwendig, das Konzept um einzeln benannte Maßnahmen und Projekte zu konkretisieren und den direkten Mehrwert des Kommunalen Integrationszentrums für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Einzelnen besser herauszustellen.

Abg. Eichner befürwortete eine Konkretisierung des Konzeptes zwar ebenfalls, hielt es aber nicht für sinnvoll, diese schriftlich in dem Integrationskonzept zu fixieren. Eine Konkretisierung könne sich auch so im weiteren Verlauf ergeben.

Ltd. KVD Allroggen regte einen Kompromiss aus beiden Vorschlägen an. Danach könne das Konzept möglicherweise mit einer Art erweiterten Präambel im Sinne eines „Grundgesetzes der Integration“ konzipiert werden, zuzüglich eines zweiten Teils als Anhang, welcher sich dann mit konkreten Umsetzungen des Konzeptes befasse. Soweit politisch gewünscht, bestehe dann die Möglichkeit, den zweiten Teil periodisch oder bedarfsweise zu aktualisieren. Bezugnehmend auf die Ausführungen der Abg. Deussen-Dopstadt bekräftigte Ltd. KVD Allroggen die Notwendigkeit, den Mehrwert des Kommunalen Integrationszentrums für die kreisangehörigen Kommunen in dem Integrationskonzept deutlich zu formulieren.

Die Vorsitzende äußerte den Wunsch, dass im Konzept stärker auf die aktuelle und besondere Situation der Flüchtlingsarbeit eingegangen werde. Im Konzept fehle der Hinweis darauf, dass es auch gelte, den sozialen Frieden zu wahren und Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Zudem stellte sie fest, dass der Fokus insbesondere mehr auf die Mütter gelegt werden müsse, da diese für die Integration und Sprachbildung eine entscheidende Rolle spielten.

In Ergänzung der Verwaltungsvorlage erläuterte Ltd. KVD Liermann, für das zu erstellende Konzept habe die Verwaltung gemeinsam mit Vertretern der Wohlfahrtsverbände bereits Eckpunkte erarbeitet. Man habe sich darauf verständigt, das Konzept mit einem Vereinbarungsrahmen zu versehen, um eine Verteilung der von der Politik zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel vornehmen zu können. Der Verteilmodus solle dabei deutlich von der politischen Entscheidung über den Mitteleinsatz abgegrenzt werden. Außerdem habe man sich darauf geeinigt, dass zunächst 10 Prozent des zur Verfügung gestellten Geldes in einen Sockelbetrag fließen und der Restbetrag entsprechend den Beratungszahlen aus dem Vorjahr verteilt werden solle. Die erarbeiteten Eckpunkte müssten jedoch noch verwaltungsintern abgestimmt

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

werden. Zudem stünden weitere Beratungen zu diesem ersten Entwurf an. Ltd. KVD Liermann versprach, den Ausschuss über den weiteren Verlauf zu unterrichten.

Abg. Hurnik äußerte Irritation zu dem Umstand, dass die Verwaltungsvorlage bereits von einer Vereinbarung spreche. Dadurch sei der Eindruck entstanden, es handle sich um eine „beschlossene Sache“. Zunächst müsse doch überlegt werden, in welchem Umfang es überhaupt möglich sei, eine solche freiwillige Aufgabe zu finanzieren. Er bat die Verwaltung, bis zu den nächsten Beratungen im Juni 2016 ein ausgearbeitetes Konzept vorzulegen. Ltd. KVD Allroggen sagte dies zu.

Abg. Westig wünschte Aufklärung darüber, wie es zu dem in der Verwaltungsvorlage ausgewiesenen Kostenvolumen von rund 450.000,- € gekommen sei. Ferner bat sie, diesen Betrag nicht als endgültig feststehendes Kostenvolumen zu betrachten.

Ltd. KVD Allroggen entgegnete, der Betrag sei von den Ausschussmitgliedern in der letzten Sitzung am 17.02.16 als Kostenvolumen für die allgemeine Sozialberatung diskutiert und seitens der Verwaltung aufgegriffen worden. An Abg. Hurnik gerichtet betonte Ltd. KVD Allroggen, dass es sich bei dem vorgestellten Konzept lediglich um einen Entwurf handle, so wie es in der Verwaltungsvorlage im Übrigen auch ausgewiesen worden sei.

5	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Die Vorsitzende berichtete, sie sei nach der letzten Ausschusssitzung vom Sozialverband Deutschland Nordrhein-Westfalen e. V. (SoVD) unter Bezugnahme auf die Trägerversammlung des Jobcenters nochmals angeschrieben worden. In diesem Zusammenhang habe sie dem SoVD die Mitglieder der Trägerversammlung, deren Einverständnis voraussetzend, namentlich benannt und angeboten, sich bei Problemen allgemeiner Art neben dem Ombudsmann und dem Beschwerdemanagement des Jobcenters auch an die Mitglieder der Trägerversammlung zu wenden. Sie zeigte sich sehr interessiert an den Erfahrungen des SoVD aus dem Bereich der Sozial- und Rechtsberatung und regte daher ein Treffen der Mitglieder der Trägerversammlung mit dem SoVD an.

Ltd. KVD Allroggen informierte darüber, dass das Kommunale Integrationszentrum des Kreises vom Land NRW im Rahmen eines „Komm An“-Projektes für das Jahr 2016 Fördergelder in Höhe von rund 236.000,- € erhalten werde. Anders als erhofft, werde aber der mit der Umsetzung des Projekts verbundene Verwaltungsaufwand nur schwer zu bewältigen sein. Das Land NRW erwarte von den Projektteilnehmern eine detaillierte Belegung der Mittelverwendung über Einzelnachweise. Nach aktuellen Rückmeldungen aus den Kommunen sei derzeit zu befürchten, dass es wegen des hohen Aufwandes wenig Beteiligung an diesem Projekt geben werde. Aus diesem Grunde versuche man, beim Land NRW noch auf eine Änderung der Förderbedingungen hinzuwirken.

Anschließend erkundigte sich SkB Danne nach dem aktuellen Stand der Flüchtlingszahlen im Rhein-Sieg-Kreis. Ltd. KVD Allroggen erklärte hierzu, derzeit lägen keine aktuellen Zahlen vor, diese seien aber schon bei der Bezirksregierung angefordert worden. Tendenziell sei der Zuzug deutlich rückläufig. Hinzu käme, dass das Land NRW zunächst die größeren Städte, welche ihre Aufnahmequoten noch nicht erfüllt

10. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 20.04.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

hätten, vorrangig in Anspruch nehmen würde. Dies habe eine entlastende Wirkung auf den Rhein-Sieg-Kreis.

Ende des öffentlichen Teils

10. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 20.04.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Nichtöffentlicher Teil

6	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Mitteilungen und Anfragen lagen nicht vor.

Sigrid Leitterstorf
Vorsitzende

Rita Schwaebe
Schriftführerin